Pressenachricht

Liberec, den 24.05. 2021

Tschechische und polnische Vertreter verhandelten heute über Turów. Sie diskutierten auch die Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union vom Freitag

**Der Regionspräsident der Region Liberec, Martin Půta, und der Woiwodschaftsmarschall der Woiwodschaft Niederschlesien, Cezary Przybylski, sowie der stellvertretende Umweltminister der Tschechischen Republik, Vladislav Smrž, und der Staatssekretär des polnischen Ministeriums für Staatsvermögen, Artur Soboń, trafen sich heute im Gebäude des Regionalamtes der Region Liberec. Das Thema des Treffens war der polnische**[**Braunkohlengroßtagebau**](https://de.wikipedia.org/wiki/Braunkohle)**Turów. Am vergangenen Freitag wies der Gerichtshof der Europäischen Union Polen an, den Braunkohleabbau in Turów wegen einem Verstoß gegen das EU-Recht bei der Genehmigung der Erweiterung und Verlängerung des Abbaus sofort auszusetzen, und dies bis zu einer Entscheidung des Gerichts über die Klage der Tschechischen Republik gegen Polen. Polnische Politiker und Vertreter der Bergbaufirma PGE erklärten in einer Reaktion auf die Entscheidung des Gerichts am Freitag, dass sie nicht beabsichtigen, den Abbau zu stoppen.**

Auf Initiative der polnischen Seite kam es zu einem Treffen im Regionalamt der Region Liberec, an dem Vertreter des Umweltministeriums, des Außenministeriums und der Region Liberec teilnahmen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Frage, unter welchen Bedingungen die Tschechische Republik bereit wäre, ihre Klage gegen Polen bezüglich der unrechtsmäßigen Erweiterung und Verlängerung des Bergbaus in Turów eventuell zurückzuziehen. Das Ziel des Treffens war es, mögliche Lösungsansätze für den ganzen Streit zu finden. Polen stimmte durch den Woiwodschaftsmarschall der Woiwodschaft Niederschlesien und den polnischen Staatssekretär der vorgeschlagenen Lösung vorläufig zu.

*"Wir haben heute zunächst Polen aufgefordert, die Entscheidung des EU-Gerichtshofs zu beachten. Sollte Polen dies nicht tun, sind wir bereit, dem Gerichtshof solch ein Bußgeld vorzuschlagen, welches Polen motivieren wird, die Entscheidung des Gerichtshofs zu respektieren. Gleichzeitig haben wir gegenüber Polen die Bedingungen bekräftigt, unter denen wir bereit sind, die tschechische Klage gegebenenfalls zurückzuziehen – es handelt sich insbesondere um schriftliche finanzielle Garantien, dass Polen die Auswirkungen des Braunkohleabbaus auf die Tschechische Republik minimiert und ausgleicht. Neben der Luftqualität und dem Lärm ist es vor allem der Grundwasserstand, der durch den Bergbau in Turów schon seit langem negativ beeinflusst wird. Wir haben heute auch besprochen, wie man solche Garantien formal in Form eines zwischenstaatlichen Abkommens festlegen kann, das natürlich auch Bedingungen und Sanktionen für den Fall enthalten sollte, wenn Polen das Abkommen nicht einhält"*, sagte Vladislav Smrž, stellvertretender Umweltminister für Politik und internationale Beziehungen, der im Ministerium von Anfang an mit dem Fall Turów befasst war.

*"Die heutigen gemeinsamen Verhandlungsgespräche sind ein gutes Zeichen für eine erfolgreiche Lösung der ganzen Situation. Ich glaube, dass sich der gesunde Menschenverstand durchsetzen wird und eine Einigung mit unseren polnischen Nachbarn erzielt werden kann. Durch den Abbau im* [*Braunkohlengroßtagebau*](https://de.wikipedia.org/wiki/Braunkohle)*Turów sind nämlich Einwohner unserer Region betroffen. Die Region Liberec kam schon seit einigen Jahren mit Lösungsvorschlägen und bemühte sich in dieser Sache maximal. Jetzt ist hoffentlich der Zeitpunkt gekommen, an dem die Lösung durch einen Vertrag auf der Regierungsebene garantiert wird*", fügte der Regionspräsident Martin Půta hinzu.

Pressenachricht in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Umwelt

**Mag. Filip Trdla**

**Mediensprecher der Region Liberec**

Facebook: [Libereckraj](https://www.facebook.com/libereckraj/)

Twitter: [Libereckykraj](https://twitter.com/Libereckykraj/)

Instagram: [Libereckykraj](https://www.instagram.com/libereckykraj/)